

Bezirksregierung Köln

Arbeitsgruppe Innovationsregion Rheinisches Revier
Sachgebiet: Ergebnisniederschrift der 5. Sitzung
Drucksache Nr.: AG IRR 101/2013
3. Sitzungsperiode

Köln, den 10.10.2013

Vorlage für die 6. Sitzung der Arbeitsgruppe Innovationsregion Rheinisches Revier am 10.04.2014

TOP 3: Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 5. Sitzung der gemeinsamen Arbeitsgruppe der Regionalräte Düsseldorf und Köln am 10. Oktober 2013

Berichterstatter: Herr Hundenborn, Dezernat 32, Tel.: 0221 / 147-2362

Inhalt:

- Niederschrift (Seiten 1 bis 12)
- Anwesenheitsliste (Seiten 13 bis 15)

Anlagen:

1. Karte der Innovationsregion Rheinisches Revier
2. Vortragsfolien zu TOP 5: Arbeitsstand Projektgruppe „Gewerbeflächen- und Gewerbesteuerverbund“

Beschlussvorschlag:

Die gemeinsame Arbeitsgruppe Innovationsregion Rheinisches Revier der Regionalräte Düsseldorf und Köln genehmigt die Niederschrift.

**Gemeinsame Arbeitsgruppe Innovationsregion Rheinisches Revier
der Regionalräte Düsseldorf und Köln**

N i e d e r s c h r i f t

über das wesentliche Ergebnis der **5. Sitzung der gemeinsamen Arbeitsgruppe** am Donnerstag, den 10. Oktober 2013, 10.30 Uhr bis 12.10 Uhr, bei der Bezirksregierung Köln.

Vorsitzender

Herr Heiner Höfken (SPD)

Teilnehmer:

siehe beigefügte Anwesenheitsliste

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende, **Herr Heiner Höfken (SPD)**, eröffnet die Sitzung und begrüßt die stimmberechtigten und beratenden Mitglieder der gemeinsamen Arbeitsgruppe sowie Frau Regierungspräsidentin Walsken, die Vertreterinnen und Vertreter der beiden Bezirksregierungen in Köln und Düsseldorf und Herrn Staatssekretär a.D. Hans Krings vom Beirat der Innovationsregion ganz herzlich.

Herr Höfken begrüßt weiter Herrn Benedikt Hauser aus Bonn, der die Nachfolge von Herrn Dr. Norbert Reinkober für die CDU-Fraktion in der gemeinsamen Arbeitsgruppe wahrnehmen wird.

TOP 1 Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende erklärt, die Tagesordnung sei mit Einladung vom 23.09.2013 fristgerecht und ordentlich bekannt gegeben worden.

Die Tagesordnung wird festgestellt.

TOP 2 Benennung eines stimmberechtigten Mitglieds der Arbeitsgruppe zur Mitunterzeichnung der Sitzungsniederschrift

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Frau Rackwitz-Zimmermann (CDU) bestimmt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 4. Sitzung der gemeinsamen Arbeitsgruppe der Regionalräte Düsseldorf und Köln am 11.04.2013

Die Arbeitsgruppe fasst ohne Aussprache einstimmig folgenden Beschluss:

Die Arbeitsgruppe Innovationsregion Rheinisches Revier der Regionalräte Düsseldorf und Köln genehmigt die Niederschrift.

TOP 4 Aktueller Sachstandsbericht der IRR

Frau Regierungspräsidentin Walsken bedankt sich für die Möglichkeit, zu den gegenwärtigen Diskussionen um die Innovationsregion Rheinisches Revier Stellung nehmen zu können. Sie erklärt, der Beirat der IRR habe sich Mitte Juli intensiv mit der Weiterentwicklung der IRR beschäftigt und dabei insbesondere Veränderungen der Zielsetzung, Arbeitsweise und Strukturen diskutiert. Dabei sei auch die Kritik aufgegriffen worden, dass die IRR räumlich und inhaltlich zu breit aufgestellt sei. Im Rahmen der Klausurtagung sei eine kleine Arbeitsgruppe gebildet worden, welche

einen konkreten Handlungsplan zur Fortentwicklung erstellen sollte. In die Arbeitsgruppe seien die relevanten öffentlichen Stellen und Organisationen einbezogen worden, um zu dokumentieren, dass der Prozess breit angelegt sei. Den Vorsitz habe Herr Staatssekretär Dr. Horzetzky übernommen, weitere Mitglieder seien die Geschäftsstelle der IRR, Herr Prof. Dr. Bettzüge für den Hochschulbereich gewesen; die kommunale Seite sei durch Herrn Bürgermeister Jansen und Herrn Landrat Pusch vertreten worden, das Unternehmen RWE Power durch Herrn Dr. Kulik und die politische Seite durch Herrn Niethan (SPD). Herr Wirtz (CDU) und Herr Krischer (Grüne) seien auch geladen, aber wegen Urlaub verhindert gewesen. Herr Rötting habe die Industrie- und Handelskammer und die Belange der Wirtschaft habe Herr Vetten vom Büro für Energiewirtschaft vertreten. Sie selbst habe für ihre urlaubsabwesende Düsseldorf Kollegin Anne Lütkes die Belange der Bezirksregierungen wahrgenommen. Nicht teilnehmen konnten die IGBCE, Herr Hauptgeschäftsführer Beyer, IHK Aachen und Herr Landrat Petrauschke.

Die kleine Arbeitsgruppe habe am 22.08.2013 Eckpunkte für eine Weiterentwicklung erörtert mit der Zielrichtung eines klareren Raumzuschnitts und einer klareren Themendefinition. Die Raumdefinition müsse nach Überzeugung der Mitglieder an das primäre Ziel der IRR anknüpfen, die Weiterentwicklung des Braunkohlenreviers. Dieser „innere Ring“ beinhalte das Gebiet, in dem Braunkohleabbau, Veredelung und Verstromung stattfinde, mithin wo der strukturpolitische Handlungsbedarf langfristig entstehe. Die Arbeitsgruppe habe demzufolge vorgeschlagen, die Innovationsregion Rheinisches Revier auf den Rhein-Kreis Neuss, den Kreis Heinsberg, die Städteregion Aachen, den Kreis Düren und den Rhein-Erft-Kreis zu konzentrieren. Mit der Stadt Mönchengladbach müsse über ein Interesse an der Mitarbeit gesprochen werden.

Nach wie vor müssten jedoch Kooperation mit Nachbarstädten und -regionen möglich sein, wenn Ziel und Strukturen der Projekte dies erforderlich machten. Insofern sei neben dem inneren Kreis zwingend ein äußerer Ring einzubeziehen. Das seien die Städte Köln, Bonn, Leverkusen und Düsseldorf, die auch heute schon an dem Prozess mitwirkten. Sie wisse, dass es eine Diskussion in Teilen des Kreises Euskirchen gebe, die vom Braunkohlenplangebiet betroffen seien. Nach ihrer persönlichen Meinung müsse man an dieser Stelle offen sein.

Frau Walsken führt aus, dass über diesen Raumzuschnitt Einvernehmen bestanden habe, bis auf die IHK Aachen, welche die Auffassung vertreten habe, der Zuschnitt sei zu eng definiert. Das habe aber nicht dem Stimmungsbild der Diskutanten in der Arbeitsgruppe entsprochen.

Sie komme nun zum zweiten Punkt, der thematischen Ausrichtung. Man habe 4 Themenbereiche formuliert, die allerdings noch sehr allgemein gefasst seien und operationalisiert werden müssten. Die einvernehmlich festgelegten Themen seien

- Energie- und Industriepolitik,
- Flächenpolitik, Flächenentwicklung, Logistik,
- Fachkräftesicherung, Arbeitsplatzgewinnung,
- Bioökonomie, Solarwirtschaft, E-Mobilität und Speichertechnologien.

Die Arbeitsgemeinschaft habe vorgeschlagen, aus diesen Entwicklungspfaden ein Leitbild für die Kernregion der IRR zu entwickeln. Die Arbeitsgruppe habe großen Wert darauf gelegt, die Ergebnisse in der Breite zu kommunizieren. Um ein tragbares Fundament für den Weiterbau zu schaffen, sei es ganz besonders wichtig, die Kommunen mitzunehmen und die Kommunalpolitik zu informieren. Identische Beschlussvorlagen sollten möglichst zeitgleich in die Kreistage und Stadträte eingebracht werden.

Über die Weiterführung der bislang bestehen thematischen Arbeitsgruppen der IRR könne erst entschieden werden, wenn die für den Raum relevanten Themenschwerpunkte, Ziele und Entwicklungspfade feststünden und der Leitbildprozess auf den Weg gebracht sei. Ihrer Auffassung nach sei es sinnvoll, die Arbeitsgruppen an den neuen Schwerpunktthemen auszurichten.

Frau Walsken erklärt weiter, dass die Neuausrichtung natürlich auch Auswirkungen auf die Arbeit der zukünftigen Geschäftsstelle entfalten werde. Ihrer Auffassung nach müssten die konzentrierten Themenfelder in der Geschäftsstelle abgebildet werden. Es müsse klare Verantwortlichkeiten für jedes Thema geben. Für die bislang geleistete Arbeit in der Geschäftsführung gebühre der IHK Aachen und speziell Herrn Drewes Dank und Anerkennung. Die Geschäftsstelle habe in den vergangenen zwei Jahren durch eine breit angelegte Gremienarbeit ein gutes Fundament für eine struk-

turpolitische Neuausrichtung der Region geschaffen. Hiervor habe sie großen Respekt. Jetzt komme es darauf an, aus der Orientierungsphase heraus in das operative Geschäft einzutreten.

Wie gehe es jetzt weiter? Am 15. Oktober trete der Beirat der Innovationsregion zusammen, um über die Vorschläge der kleinen Arbeitsgruppe zu beraten. Sie sei zuversichtlich, dass man sich dort auf die wesentlichen Eckpunkte zur Weiterentwicklung der IRR verständigen werde um dann im nächsten Jahr mit veränderten Strukturen in eine neue Phase zu starten.

Der Vorsitzende dankt Frau Regierungspräsidentin Walsken für ihre Ausführungen und eröffnet die Aussprache.

Herr Drewes erklärt, Frau Walsken habe das Meinungsbild in der kleinen Arbeitsgruppe zutreffend wiedergegeben. Er wolle aber noch einmal die Position der IHK darlegen. Die IHK sehe die räumliche Verengung der IRR kritisch. Es sei seiner Auffassung nach nicht sinnvoll, den Sachverstand der Hochschulen und der energieintensiven Unternehmen an der Rheinschiene nicht unmittelbar einzubeziehen. Ebenso kritisch werde die thematische Neuausrichtung „entlang des Koalitionsvertrages“ gesehen. Hier sei eine offener Fassung, die langfristig auch anderen politischen Konstellationen Rechnung trage, zweckmäßiger. Eine rasche Überleitung in das operative Geschäft erfordere eine Ausstattung der neuen Geschäftsstelle mit entsprechenden finanziellen Ressourcen, was derzeit nicht gegeben sei.

Herr Weber (CDU) sieht in einer Konzentration der thematischen Ausrichtung den richtigen Weg. Es habe eine Berechtigung, die IRR weiter zu entwickeln, da hier Akteure zusammentreffen, die sonst in den politischen Gremien nicht zu finden seien. Es werde erwartet, dass die Regionalräte auch in der weiteren Debatte mit eingebunden werden. Positiv sei auch, dass die Kommunen in den Diskussionsprozess eingebunden würden, da diese von den Strukturen auch betroffen seien. Er persönlich plädiere bezüglich des Zuschnitts dafür, die Region Euskirchen in der IRR zu belassen.

Herr Finke (FDP) bedankt sich bei Frau Walsken und Herrn Drewes für die offenen Worte. Seine Fraktion halte an der IRR fest, sehe aber - wie die IHK - eine inhaltliche Konzentration der Themen entlang des Koalitionsvertrages der rot-grünen Landesregierung kritisch.

Herr Thiel (SPD) weist darauf hin, dass die Regionalräte Köln und Düsseldorf schon heute den äußeren Ring bildeten. Es sei gut, dass es die gemeinsame Arbeitsgruppe gebe, unabhängig von den sonstigen Strukturen im IRR-Prozess. Es sei auch gut, das Kerngebiet auf das primäre Ziel der IRR - die Weiterentwicklung des Braunkohlenreviers - zu konzentrieren und durch einen äußeren Ring die Expertise der umliegenden Zentren mit einzubeziehen.

Auch **Frau Zentis** (Die Grünen) begrüßt die angedachten Veränderungen der Zielsetzung, Arbeitsweise und Strukturen der IRR. Die Grundlagen seien im Koalitionsvertrag gelegt worden. Sie unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit, bereits heute auf die Strukturveränderungen durch das Auslaufen der Braunkohleförderung zu reagieren. Die von Frau Walsken genannten Themen seien richtig gesetzt.

Für **Herrn Bornhold** (Freie Wähler) sei es zu erwarten gewesen, dass die IHK Aachen entsprechende Konsequenzen zieht. Es wäre interessant zu erfahren, wer in Zukunft die Arbeit der Geschäftsstelle betreiben werde und wie die Themen behandelt würden, die nicht direkt von der Braunkohle betroffen seien. Speziell das fokussierte Thema Logistik sei eine Zukunftsthema, welches auch über die von Frau Walsken definierte IRR hinaus relevant sei. Unterstützt werde die Aussage von Frau Walsken, mit den Gemeinden konstruktiv zusammenzuarbeiten. Die Zusammenarbeit sollte sich aber nicht nur auf Informationsvermittlung beziehen, sondern umgekehrt auch die Bedürfnisse und Erwartungen der Kommunen in den Entwicklungsprozess einbeziehen.

Frau Walsken bedankt sich für die durchweg konstruktiven Stellungnahmen. Weil es mehrfach angesprochen worden sei, wolle sie noch einmal aus der Koalitionsvereinbarung zitieren und dabei die Textinhalte in den Vordergrund stellen. Der erste Satz laute: „Wir wollen das Rheinische Revier auf Basis der gegebenen wirtschaftlichen und infrastrukturellen Stärken zu einer Modellregion entwickeln, in der in beispielhaf-

ter Weise die Energiewende durch eine moderne und nachhaltige Industrie- und Strukturpolitik voran gebracht wird“. Das könne man sicher generell unterstreichen, so Frau Walsken. Zweiter Satz: „Die IRR umfasst das Braunkohlenrevier einschließlich seiner unmittelbaren Nachbarschaft“. Auch das sei klar formuliert. Dritter Satz: „Entsprechende Entwicklungspotenziale sehen wir in den Bereichen Solarwirtschaft, Strom-Speichertechnologien, E-Mobilität, Bioökonomie, klimaneutrales Wohnen und Logistik, Fachkräftesicherung“.

Sie wolle noch einmal betonen, dass über diese Inhalte in der Arbeitsgruppe, die - wie bereits dargestellt - sehr breit aufgestellt gewesen sei, Konsens bestanden habe. Insofern wolle sie um Inhalte werben und weniger um den Koalitionsvertrag. Auch wenn sich die IHK aus der Geschäftsführung zurückziehe, hätten die Vertreter der Wirtschaft klar zum Ausdruck gebracht, dass man sich auch zukünftig in der IRR engagiere.

An Herrn Weber gerichtet erklärt Frau Walsken, dass es an ihr nicht scheitern werde, wenn die vom Braunkohlenplangebiet betroffenen Teile des Kreises Euskirchen weiterhin ein Interesse an einer Mitarbeit in der IRR äußern sollten. Dabei sei natürlich auf den Input zu achten, den eine Mitarbeit für die IRR bringen könne. Ebenso wie Herr Thiel sehe auch sie in der gemeinsamen Arbeitsgruppe der Regionalräte eine wichtige Klammer für den äußeren Ring der IRR. Sie und ihre Düsseldorfer Kollegin, Frau Lütkes, würden daher auch zukünftig gerne in die Sitzungen der Arbeitsgruppe kommen, um über aktuelle Entwicklungen zu berichten.

Herr Göbbels (FDP) bedankt sich bei der IHK Aachen für die geleistete Aufbauarbeit und bedauert, dass sich die handelnden Personen zurückzögen. Er möchte wissen, was es mit Pressemeldungen auf sich habe, dass die Geschäftsführung zukünftig von der Indeland GmbH oder dem Zweckverband Terra Nova übernommen werden solle.

Frau Walsken weist zunächst einmal darauf hin, dass die bisherige Geschäftsstelle ihre Arbeit bis zum 31.12.2013 fortsetzen werde. Für eine Zwischenzeit werde jemand benötigt, der für einen reibungslosen Übergang auf einen neuen Rechtsträger Sorge. Zur Vermeidung von Ungleichgewichten sollte diese Aufgabe von keiner der

heute in der Region existierenden Organisationen wahrgenommen werden. Die Suche nach einem neuen Projektträger einschließlich der Rechtsform sollte sodann möglichst bis Ostern im Konsens mit den Kommunen und Akteuren der Kernregion entschieden werden.

Herr Jansen (CDU) sieht die entstandenen Probleme in den offiziösen Strukturen der IRR begründet. Wenn man, wie Herr Drewes, in einer Parallelstruktur zu legitimierten Gremien tätig werde, könne ein solches Vorhaben zum Eiertanz werden. Insofern zolle er Herr Drewes für das, was er in der schwierigen und kritischen Situation unternommen und getan habe, großen Respekt.

Frau Walsken widerspricht und erklärt, die Projektleitung und die Trägerschaft der IHK für die Geschäftsstelle sei keineswegs offiziös gewesen. Die Tätigkeit der IHK habe sich in klaren Strukturen bewegt, sie sei Zuwendungsempfängerin gewesen. Dass Herr Drewes und auch Herr Linden den Arbeitsauftrag mit großem Engagement angegangen sei, habe sie bereits zum Ausdruck gebracht. Ob die Trägerschaft bei der IHK richtig angesiedelt war, als die Arbeit begann, habe hier keiner sagen können. Die Aufbauphase der ersten 2 Jahre sei gleichwohl sehr wichtig gewesen und es sei ein gutes Fundament geschaffen worden. Jetzt gelte es den Blick nach vorne zu richten und zielgerichtet an konkreten Projekten zu arbeiten.

Auch **der Vorsitzende** bedankt sich bei der Geschäftsstelle und schließt die Aussprache zu TOP 5

TOP 5 Gewerbeflächen- und Gewerbesteuerverbund

Herr Höfken erklärt, dass es eines bedarfsgerechten Angebots an Flächen für Gewerbe und Industrie bedürfe, um die Position der IRR als zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort zu festigen und auszubauen. Aus Sicht des Landes gehe es dabei sicher nicht um einzelnen Gemeinden, sondern um die Standortqualität der gesamten Region. Diese Herausforderung müssten die Gemeinden insbesondere durch eine intensivere Kooperation bewältigen. Wie hierbei ein Interessenausgleich zwischen den Partnern erzielt werden könne, sei Thema der Arbeitsgruppe „Gewerbe-

flächen- und Gewerbesteuerverbund“, die von Herrn Staatssekretär a.D. Hans Krings geleitet werde.

Herr Krings gibt sodann einen Überblick über den Stand der Arbeiten in der Arbeitsgruppe (siehe die beigefügte Powerpoint-Präsentation). Er stellt heraus, dass die Arbeitsgruppe nicht im Gegensatz oder gar in Konkurrenz zu den Regionalräten stehe. Aufgabe der Arbeitsgruppe sei es, einen Bericht mit theoretischen Grundlagen zur interkommunalen Zusammenarbeit und mit der Entwicklung eines Standardmodells für eine solche Zusammenarbeit zu erstellen sowie Vorschläge für Modellprojekte vorzulegen.

Der Vorsitzende dankt Herrn Krings für seinen Vortrag und eröffnet die Aussprache.

Herr Neitzke, SPD, dankt Herrn Krings für seine Ausführungen und erklärt, er habe anschaulich gemacht, wo die Probleme liegen. Ein Modellprojekt zu entwickeln sei seiner Auffassung nach der richtige Weg. Man müsse dabei aber aufpassen, dass man sich nicht verzettele. Es müsse daher ein Modellprojekt entwickelt werden, welches den schnellst möglichen Erfolg und einen Mehrwert für das Revier vermittele.

Herr Weber, CDU, versteht den Arbeitsauftrag der Arbeitsgruppe so, dass diese Ideen bis zu einer gewissen Entscheidungsreife entwickle und diese dann in die jeweils zuständigen Gremien zur Entscheidung einbringe. Interkommunale Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Gewerbe- und Industriestandorten sei das Thema der Zukunft, eigentlich schon der Gegenwart. Insofern wolle er die beispielhafte Aufzählung von Herrn Krings um die LEP-VI-Fläche in Euskirchen/Weilerswist ergänzen, die von Land, Kreis Euskirchen und den beteiligten Kommunen gemeinsam entwickelt werde.

Herr Goebbels, FDP, fragt an Herrn Krings gerichtet noch einmal nach, dass seine Aufzählung keine abschließende Auflistung vorhandener bzw. geplanter Ansätze für eine interkommunale Zusammenarbeit darstelle. **Herr Krings** bestätigt dies.

Frau Zentis, Die Grünen, stellt fest, dass die von Herrn Krings genannten Standorte die Kernregion der IRR betreffen. Gebe es solche Ansätze auch für den äußeren Ring?

Herr Krings wiederholt noch einmal, dass es sich bei den genannten Beispielen nicht um eine abschließende Auflistung handele.

Herr Thiel, SPD, empfiehlt der Arbeitsgruppe, bei der Entwicklung von Gewerbe- und Industriestandorten auch die Festlegungen des Entwurfes eines neuen Landesentwicklungsplanes in den Blick zu nehmen und verweist dabei insbesondere auf den Bedarfsnachweis und den Freiraumschutz. Ein besonderes Augenmerk sollte auf die ehemals landesbedeutsamen Standorte gelegt werden, die möglicherweise als gewerbliche Zukunftsstandorte von regionaler Bedeutung weiter entwickelt werden könnten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich **der Vorsitzende** bei Herrn Krings und leitet zum nächsten TOP über.

TOP 6 24 Projektideen für die Innovationsregion Rheinisches Revier

Herr Höfken führt aus, dass unbeschadet der noch offenen Frage zur Neuausrichtung der IRR in den vergangenen zwei Jahren schon einiges bewegt worden sei. Die IRR habe bekanntlich bis Mitte dieses Jahres nach Projektideen gesucht, die die Region voranbringen sollten. Inzwischen sei diese erste, sehr breit angelegte Phase beendet. 24 Projekte für die Zukunft des Rheinischen Reviers hätten Arbeitsgruppen und Studien identifiziert. Die Projektliste sei in der Sitzungsvorlage 84/2013 abgebildet.

Herr Drewes erklärt, dass die Projektliste nicht die Halbzeitbilanz der ersten 2 Jahre darstelle, jedenfalls nicht allein. Sie sei ein Baustein für das Gesamtprojekt, nämlich das Innovationsprogramm, dessen 2. Stufe zur kommenden Beiratssitzung vorliegen werde. Er hebt hervor, dass nicht alles, was die regionale Entwicklung nachhaltig fördere, in klassischen Projekten, die auf laufende Förderprogramme zielten, münden

müsse und verweist u.a. auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Ausbildung. Er erwähnt in diesem Zusammenhang auch das Buch-Projekt Nr. 15, welches geeignet sei, den Bekanntheitsgrad und das Image der Region zu verbessern. Eine Reihe von Projekten stockten, weil diesbezüglich zunächst die Bestimmung des neuen Kurses abgewartet werden müsse. Insofern sei er dankbar, dass es bald zu einer Klärung komme, welche Projekte weiterbetrieben, welche angehalten und welche Projektansätze nicht weiter verfolgt werden sollen.

Herr Göbbels, FDP, verweist auf die redaktionellen Fehler bezüglich des Endfüllstandes der Tagebaurestseen (Seite 19, Projektidee nAquas).

Frau Zentis, Die Grünen, bittet um nähere Erläuterung einiger Projektideen und verweist hierzu auf die Projekte 11 - Potenzialstudie für innovative Pumpspeicherkraftwerke in NRW -, 13 - SMART VILLAGE - und 18 - EnergieLandschaften -. Sie regt an, diese in der nächsten Sitzung in gleicher Weise vorzustellen, wie dies heute durch Herrn Krings geschehen sei.

TOP 7 Terminplanung 2014

Die gemeinsame Arbeitsgruppe beschließt mehrheitlich als Termin der nächsten Sitzung Donnerstag, den 10. April 2014. Sitzungsort ist Düsseldorf.

TOP 8 Anträge

TOP 9 Anfragen

Anträge und Anfragen liegen nicht vor.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt **der Vorsitzende** die Sitzung um 12:10 Uhr.

Heiner Höfken
(Vorsitzender)

Heidi Rackwitz-Zimmermann
(Mitunterzeichnerin)

Nicole Reiß
(Schriftführerin)

AG IRR
- Anwesenheitsliste -

AG IRR-Sitzung am 10.10.2013

1. Stimmberechtigte Mitglieder

CDU - Fraktion

Name	anwesend
Clemens, Gerhard	X
Dohmen, Hans-Willi	X
Hauser, Benedikt	X
Jansen, Franz-Michael	X
Körfer, Hans	X
Rackwitz-Zimmermann, Heidi	X
Simons, Sibilla	X
Weber, Günter	X
Petrauschke, Hans- Jürgen	
Papen, Hans-Hugo	X
Zillikens, Harald	X
Stellvertreter/in	
Jansen, Peter	X

SPD - Fraktion

Name	anwesend
Höfken, Heiner	X
Koschorreck, Peter	X
Krekels, Gerhard	
Neitzke, Gerhard	X
Wagner, Anton-Richard	X
Bechstein, Klaus	X
Thiel, Rainer	X
Stellvertreter/in	
Bubacz, Hans-Joachim	
Pockrand, Wolfgang	
Schmitz, Hans	
Hildemann, Michael	
Sartingen, Gunhild	
ten Haaf, Ralf	X

FDP

Name	anwesend
Finke, Rudolf	X
Göbbels, Ulrich	X
Laakmann, Otto	X
Stellvertreter/in	
Dudzus, Harald	
Müller, Petra	
Suika, Jörn	X

DIE GRÜNEN

Name	anwesend
Herlitzius, Bettina	
Lambertz, Horst	X
Zentis, Gudrun	X
Arndt, Ingeborg	X
Stellvertreter/in	
Beu, Rolf	
Dederichs, Hans-Josef	
Waddey, Manfred	
Sickelmann, Ute	

2. Beratende Mitglieder

Name	anwesend
gem. § 8 Abs. 3 LPIG	
Städteregion Aachen	X
Kreis Düren	X
Kreis Heinsberg	X
Rhein-Erft-Kreis	
Rhein-Kreis-Neuss	X
gem. § 8 Abs. 1 LPIG	
Betzing Claudia (IHK zu Köln)	X
Kraemer, Bernd (Handwerkskammer zu Köln)	
Kornell, Günter (Landwirtschaftskammer NRW)	X
Woelk, Ralf (Dt. Gewerkschaftsbund)	
Schubert, Dorothea (Naturschutzverbände)	X
Reuter, Klaus (Dt. Gewerkschaftsbund)	X
Dr. Siepmann, Udo (IHK Düsseldorf)	
Jansen, Dirk (Naturschutzverbände)	
gem. § 21 Abs. 3 GO	
Singer, Peter (DIE LINKE)	X
Bornhold, Rüdiger (Freie Wähler)	X
Wolter, Judith (pro NRW)	

Teilnehmer von der Bezirksregierung Köln

Walsken, Gisela Regierungspräsidentin
Diehl, Joachim Abteilungsleiter 3
Hundenborn, Heribert Dez. 32
Hoff, Petra Dez. 32
Schneemann, Dirk Dez. 32
Döpfer, Vanessa Dez. 32
Reiß, Nicole Dez. 32

Teilnehmer von der Bezirksregierung Düsseldorf

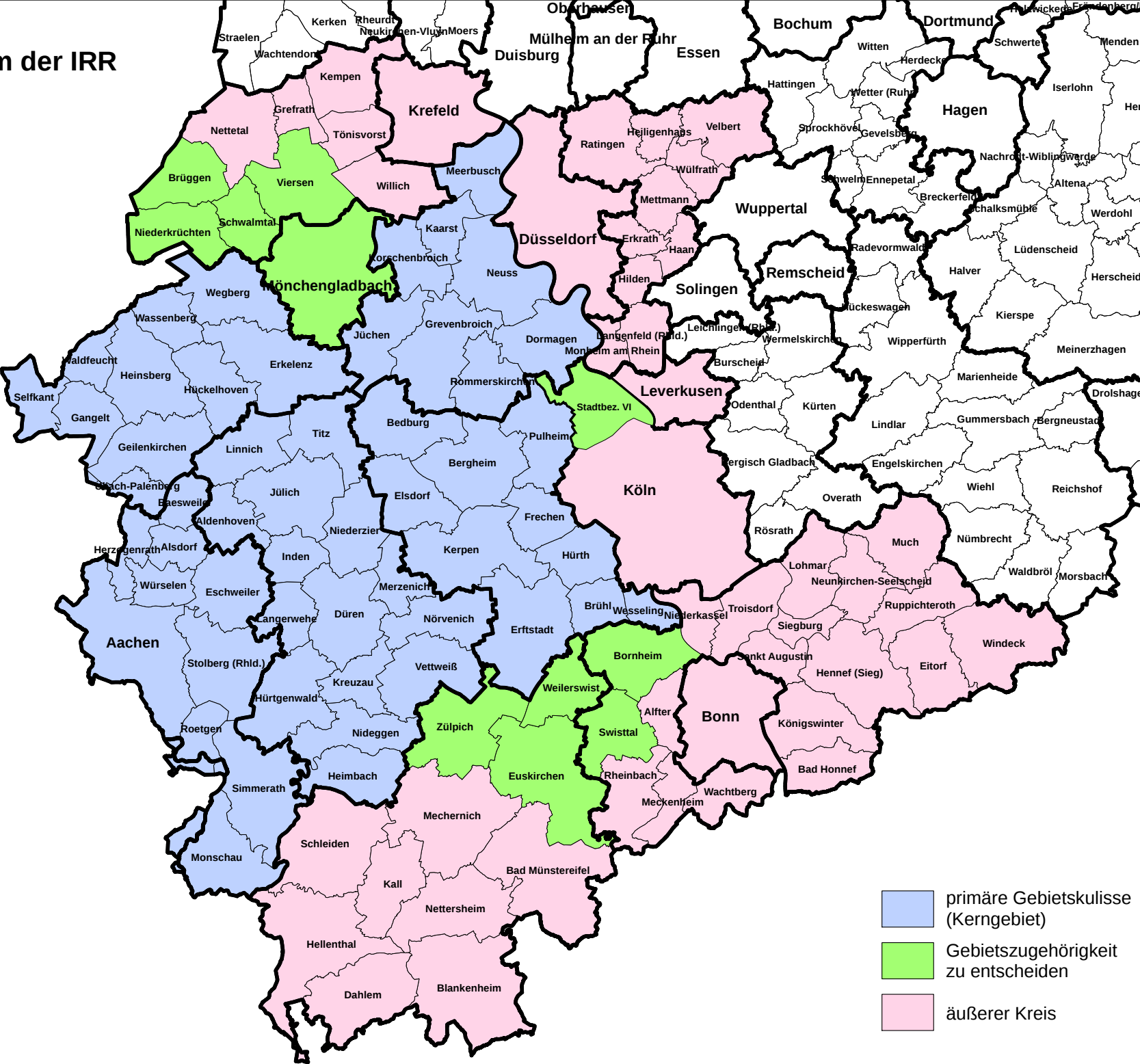
Goetzens, Heinrich Dez. 32

Gäste

Drewes, Jürgen	AG IRR
Linden, Boris	AG IRR
Krings, Hans	Beirat IRR
Knauff, Sebastian	CDU
Jöde, Eberhard	FDP
Hoffmann, Hajo	SPD
Dr. Sanders, Sebastian	Büro OB D´dorf
Wagner, Jeannette	Stadt Bonn

Anlage 1

Künftiger Raum der IRR



- primäre Gebietskulisse (Kerngebiet)
- Gebietszugehörigkeit zu entscheiden
- äußerer Kreis

Anlage 2



Arbeitsstand Projektgruppe „Gewerbeflächen- und Gewerbesteuerverbund“

(Stand: 10.10.2013)



1. Auftrag des Verwaltungsrates der Innovationsregion Rheinisches Revier
2. Zusammensetzung der Projektgruppe
3. Derzeitiger Stand bei interkommunalen Gewerbegebieten
4. Organisatorische Grundlagen
5. Ausgleich der Vor- und Nachteile
6. Zielsetzungen der Projektgruppe
7. Mögliche Modellprojekte
8. Ausblick



- 1.1 Modellvorhaben innerhalb der IRR
 - innovative Ausgleichsmaßnahmen
 - Interkommunale Zusammenarbeit und Flächenbewirtschaftung
- 1.2 Flächenüberhang in Teilregionen mit gleichzeitiger eingeschränkter Verfügbarkeit
 - ungünstige Lage
 - ungünstige Besitzverhältnisse
 - ungünstiger Zuschnitt
- 1.3 Vorgabe der Landesplanung:
Gewerbeflächenmonitoring und Bedarfsnachweis



- 1.4 Folgerung:
- größere innovative Gebiete nur durch
- klare Bedarfsanalyse
 - Analyse des bisherigen Bestandes an Gewerbeflächen einschließlich der Besetzungsmöglichkeiten
 - Konzentration auf größere Flächen, evtl. in Kompensation gegen schwerer nutzbarer Flächen



Bei Wahrung der Interessen aller Beteiligten

**Nur ein Prozess ohne Gewinner und Verlierer
möglich!**



2. Zusammensetzung der Projektgruppe

Frau Regierungsbaudirektorin Jaehrling	Staatskanzlei NRW
Herr Abteilungsdirektor Diehl	Bezirksregierung Köln
Herr Kreistagsabgeordneter Dorfer	Rhein-Kreis Neuss
Herr Bürgermeister Frantzen	Gemeinde Titz
Herr Stadtkämmerer a.D. Hadel	Stadt Wesseling
Herr Bürgermeister Heuser	Gemeinde Niederzier
Herr Abteilungsleiter Hennemann	RWE Power AG
Herr Staatssekretär a.D. Krings	Innenministerium NRW
Herr Dezernent Rothe	Rhein-Erft-Kreis
Herr Geschäftsführer Dr. Steiner	WfG Kreis Heinsberg
Herr Dr. Esser	Geschäftsstelle IRR



3. Derzeitiger Stand bei interkommunalen Gewerbegebieten

Stand 2011 nach Studie des ILS

38 interkommunale Gewerbegebiete in Nordrhein-
Westfalen vorhanden

28 weitere in der Diskussion

(Stand 2011, das Verhältnis dürfte sich inzwischen
verschoben haben)



Folgerung für die Projektgruppe:

Erkenntnis gibt es genügend, Gewinn für die IRR bringt nur modellhafte Umsetzung an einem oder mehreren Vorhaben



- 4. Organisatorische Grundlagen**
- 4.1 planerische Grundlage in der Regel
Planungsverbund nach Baugesetzbuch
- 4.2 organisatorische Plattform für die
Bewirtschaftung überwiegend Formen des GkG,
Schwerpunkt Zweckverband
- 4.3 vereinzelt auch AÖR oder GmbH



4.4 angedachte Lösung

- in der Planungsphase Planungsverband nach Baugesetzbuch, sofern Gemeindegrenzen überschritten werden
- Zweckverband in der Erschließungs- und Bauphase
- für die Vermarktung evtl. nachgeschaltete GmbH



- 5. Ausgleich der Vor- und Nachteile**
- 5.1 Verteilung der Erschließungskosten und Erträge durch Vereinbarung
- 5.2 Verteilung der Gewerbesteuer- und Grundsteuererträge
- 5.3 gesetzliche Lösung bisher nicht ausreichend
- 5.4 praktische Lösungen durch Vereinbarung sehr aufwendig



6. Zielsetzung der Projektgruppe

- 6.1 in Zusammenarbeit mit mehreren Kommunen ein oder mehrere Modellprojekte konzipieren
- 6.2 mit diesen Kommunen ein Standardmodell für eine organisatorische Zusammenarbeit konzipieren
- 6.3 Modell eines Vorteils- und Nachteilsausgleichs formulieren
- 6.4 Vorschlag für eine Zerlegung der Realsteuern formulieren
- 6.5 als Fernziel Vorschläge für mögliche Gesetzesänderungen



7. mögliche Modellprojekte

7.1 Geilenkirchen-Lindern

- bisherige LEP VI-Fläche, auch im neuen LEP-Entwurf vorgesehen
- daher nur gemeinsam mit dem Land zu besetzen
- Problem Straßenerschließung über mehrere Gemeindegrenzen
- in Kürze Gespräch mit Landrat und betroffenen Städten



7.2 Bergheim-Glesch/Paffendorf

- bisherige LEP VI-Fläche, im neuen LEP-Entwurf aufgegeben
- wegen der Bindung bisher von Nutzungen frei, lediglich 20 ha für Projekt :terra nova
- denkbar in Anlehnung daran 30 – 40 ha Gewerbefläche für Städte Bedburg, Bergheim, Elsdorf
- Zweckverband für das Projekt :terra nova ist vorhanden, könnte ausgebaut werden
- Gespräch mit den drei Bürgermeistern/-innen hat stattgefunden, grundsätzliche Bereitschaft vorhanden, Planungsphase muss jetzt angegangen werden



7.3 Jülich-Mersch

- ursprünglich Planung der Stadt Jülich, Planungsphase bereits weit gediehen
- könnte von der Größenordnung auf Titz und Niederzier ausgedehnt werden
- Bereitschaft bei allen drei Städten vorhanden, erste Gespräche haben stattgefunden
- organisatorischer Rahmen in Form einer Stadtentwicklungsgesellschaft in Jülich vorhanden
- mögliche Konkurrenzbeziehung zu 4. Projekt



7.4 GIB-Fläche am Jackerather Kreuz

Politische Bewertung:

Für die Innovationregion Rheinisches Revier ein starkes Signal.

- Projekt auf der Rekultivierungsfläche des Tagesbaus Garzweiler
- kaum Nutzungsbeschränkungen
- Projekt mit drei Kreisen und vier Städten



Planerische Bewertung:

- äußerst kritisch
- völliger Neuansatz im Freiraum
- landesplanerisch nur denkbar bei
Bedarfsnachweis
keine weiteren Brachflächen im Siedlungsraum verfügbar

Fazit:

Wenn überhaupt machbar, dann nur in
aufwendigem und zeitraubendem Prozess.



7.5 Jüchen/Grevenbroich

- bisher nur kurz angesprochen, in der Arbeitsgruppe noch nicht konkret eingeführt
- könnte nachgeholt werden, wenn Interesse besteht

Problem:

Fortschreibung des GEP Düsseldorf in zwei Jahren



7.6 mögliche Logistikstandorte

- Studie der Bürogemeinschaft Smeets/IVV in der Arbeitsgruppe vorgestellt
- Ergebnisse sollen uns zugeleitet werden
- Auswertung November-Sitzung, ob Standorte regionaler Bedeutung dabei sind



8. **Ausblick**

grundsätzlicher Teil des Abschlussberichtes der Arbeitsgruppe steht

Ausnahme

gesetzliche Lösung der Gewerbesteuerproblematik

bislang allerdings nicht als praktisches Hindernis aufgetreten

planerische Prozesse sehr langwierig



bei Neuorganisation der IRR prüfen, inwieweit Begleitung durch Arbeitsgruppe erforderlich ist

wegen der erwarteten Schwierigkeiten viele Projekte angepackt, um wenigstens einige zum Erfolg zu führen

dadurch Überschneidungen mit den Aufgaben der Regionalplanung möglich

Dies kann nicht Ziel der Arbeitsgruppe sein.



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.